



Schweizerische Vereinigung für Sozialpolitik (SVSP)
Association Suisse de Politique Sociale (ASPS)
Associazione Svizzera per la Politica Sociale (ASPS)

Jahresbericht 2005

Wohlstand und Gerechtigkeit, im Sozialstaat untrennbar miteinander verbunden

Liebe Mitglieder

Die Gesellschaften der westlichen Industrieländer haben in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine Ausbreitung des Wohlstandes erlebt wie noch nie zuvor in der Geschichte. Wirtschaftliches Wachstum und der in dieser Zeit geschaffene Sozialstaat haben zur Lösung von wesentlichen existenziellen Problemen beigetragen: Ziel des Sozialstaates ist letztlich die *Teilhabe möglichst vieler Menschen an den Früchten des gesellschaftlichen Erfolgs*. Armutsbekämpfung und Wohlstandsteilhabe sind gleichwertige Ziele geworden.

Die Realitäten ändern sich

Die Rezessionen der 1970er- und verstärkt jene der 1990er-Jahre und am Anfang des 21. Jahrhunderts haben jedoch zu Brüchen in diesem Bild geführt. Die soziale Situation verändert sich tiefgreifend:

- Die Aufwendungen für die soziale Sicherheit wachsen stärker als die Aufwendungen für andere Aufgaben des Staates.
- Ein langsam, aber stetig wachsender Teil der Bevölkerung kann aus eigener Kraft die An- und Herausforderungen im Lebenslauf nicht mehr bewältigen und bedarf der Unterstützung. Immer mehr Menschen leben trotz rechtlich und institutionell gut ausgebauter sozialer Sicherheit ständig in prekären, das heißt unsicheren wirtschaftlichen Verhältnissen. Es sind dies vor allem junge Familien, Alleinstehende, Menschen mit Behinderungen, Teilzeitarbeitende und ältere oder schlecht qualifizierte Langzeitarbeitslose.

- Der Sozialstaat konnte gleichzeitig nicht verhindern, dass der Abstand zwischen Reich und Arm wächst, soziale Differenzierungen und soziale Ungleichheit zunehmen.

Wie werden die Früchte des gesellschaftlichen Erfolgs verteilt?

Die Art und Weise, wie eine Gesellschaft und ihre Institutionen Grundrechte und -pflichten *sowie* die Früchte des wirtschaftlichen Erfolges verteilen, stellt einen Indikator für die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit dar. Die Komplexität sozialer Gerechtigkeit entspricht aber der ebenso komplexen Realität der gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Politik steuert die Wohlstandsentwicklung und -verteilung mit unterschiedlichen Gerechtigkeitskonzepten: Wer bekommt was, wie und warum – und auf welche Weise wird es finanziert? Diese Schlüsselfrage umfasst Aspekte

- des Grades von Ein- und Ausschluss,
- der sozial- beziehungsweise arbeitsrechtlichen Risiko
- und Sicherungstatbestände,
- der Voraussetzung und Bedingungen der Leistungsgewährung, -erstellung und -inanspruchnahme sowie
- den Diskurs, warum und wozu es soziale Politik gibt.

Soziale Gerechtigkeit kann heute nicht mehr allein als vertikale Verteilungsgerechtigkeit verstanden werden – genauso wenig allerdings kann auf diese verzichtet werden. Hinzu kommen weitere Gerechtigkeitsdimensionen, beispielsweise die der Geschlechtergerechtigkeit, der Generationengerechtigkeit oder der globalen Gerechtigkeit.

Die gesellschaftliche Solidarität hat sich seit den Anfängen des Sozialstaates im 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart auf praktisch alle Teile der Gesellschaft ausgeweitet. Dabei hat sie sich grundsätzlich von einer Arbeiter- und Arbeiterinnensicherung zu einer Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnensicherung weiterentwickelt. Die Schweiz ist, anders als Deutschland, für die Renten- und Krankenversicherung einen anderen – von vielen als vorbildlich bezeichneten – Weg gegangen: Die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) und weniger ausgeprägt die Krankenversicherung wurden als Bürgerinnen- und Bürgersicherung (in der Schweiz Einwohnerinnen- und Einwohnersicherung oder Volksversicherungen genannt) ausgestaltet. Die ganze Bevölkerung ist versichert. Für die AHV werden alle denkbaren Einkommen zur Finanzierung beigezogen, was eine hohe Solidarität verwirklicht. Demgegenüber fällt die Finanzierung der Krankenversicherung mit Kopfprämien für Arm und Reich gleich aus, wobei mit der aus Steuermitteln finanzierten Individuellen Prämienverbilligung ein Korrektiv eingeführt worden ist.

Erwerbslosigkeit und ungenügende Erwerbseinkommen als um sich greifende strukturelle Erscheinungen rütteln an den Grundfesten der an die Erwerbsarbeit gebundenen sozialen Sicherheit, die den Sozialversicherungen grundsätzlich Priorität vor den subsidiär gedachten Leistungen der Sozialhilfe einräumt. Soziale Sicherheit ist eine *umfassende Strategie zur Bewältigung existenzieller Probleme*. Die Postulate nach sozialem Ausgleich, der Teilhabe an den Früchten des Wohlstandes entsprechen dem Grundpostulat nach *Chancengleichheit*, nach der *Gleichwertigkeit* der Menschen. Soziale Gerechtigkeit ist, so verstanden, nur möglich, wenn soziale Sicherheit *und* sozialer Ausgleich gewährleistet sind. Sie sind die beiden Seiten der gleichen Medaille.

Nach zwei Jahrhunderten der Industrialisierung verliert die noch vorhandene Erwerbsarbeit zunehmend ihre sozialintegrative und nicht selten auch emanzipatorische Wirkung: Von einem Ende der Arbeitsgesellschaft kann aber in Westeuropa und damit auch in Deutschland und in der Schweiz keine Rede sein, dafür von einer Abnahme der Stabilität der Arbeits- und Rentenbiografien. Neue Technologien führen zu hoher Flexibilisierung von und nach allen Seiten. Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang – nebst der Zunahme der Erwerbslosigkeit – die Zunahme der Teilzeitarbeit in den vergangenen Jahren und die zunehmende Fraktionierung der Fertigungsprozesse, mit welcher unternehmerisches Risiko ausgelagert und oft individualisiert wird.

Es ist ein *Auseinanderbrechen der Gesellschaften*, zu beobachten. Es findet eine – vielfach als unaufhaltsam oder unvermeidbar bezeichnete – Segmentierung von »Statusklassen« statt, wobei sich deren Interessen unterschiedlich erfolgreich durchsetzen. Schon in der Erziehung und Ausbildung und später im Konkurrenzkampf um die (sich verknappenden) Arbeitsplätze können Menschen zusehends nicht mehr Schritt halten. Die von der Globalisierung und der Veränderung der Arbeitswelt, insbesondere den Steigerungen der Produktivität *profitierenden* Teile der Bevölkerung – nebst der Oberschicht ist es die obere Mittelschicht – lösen sich zunehmend von der unteren Mittelschicht, die sich auf dem sozialen Abstieg befindet. Diese von diversen Unsicherheiten bedrohten Menschen spüren die steigenden Belastungen – auch jene der sozialen Sicherheit – am stärksten.

Vorsorgefähigkeit als Richtschnur

Die Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmersicherungen knüpfen an die Vorsorgegeschichte von *grundsätzlich vorsorgefähigen* Menschen an. Die Fähigkeit zur Existenzsicherung und die *Vorsorgefähigkeit* der einzelnen Menschen sehen aufgrund des sozialen Wandels aber zunehmend unterschiedlich aus. Insbesondere für Menschen mit niedrigen Einkommen und langen Unterbrüchen in der Erwerbstätigkeit sind sie heutzutage kaum mehr gegeben. Für diese Menschen ist es schwierig, ihre Eigenverantwortung mit Erfolg wahrzunehmen.

An einem von der SVSP angeregten Kolloquium an der Universität Basel am 1. und 2. September 2005 haben sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Deutschland und der Schweiz zu einem Wissens- und Erfahrungsaustausch zur Frage *"Arbeitnehmer- oder Bürgersolidarität?"* getroffen. Das deutsche und das schweizerische Sozialsystem wurden systematisch miteinander verglichen. Es ging unter anderem um die

Frage, inwieweit lohnarbeitszentrierte Absicherung und Orientierung am Lebensstandard noch geeignete Lösungsansätze für die soziale Sicherheit sind.

Soll und kann die bestehende Orientierung der sozialen Sicherheit an einer beschäftigungszentrierten Absicherung vermehrt zugunsten einer bürgerinnen- bzw. bürgerorientierten Absicherung weiterentwickelt werden? Die bisherigen grundsätzlichen Konzeptionen, die sich von einer hohen Konstanz in der beruflichen Laufbahn und von einer (immer noch) relativ klassischen Rollenteilung zwischen Frauen und Männern leiten ließen, offenbaren Lücken und Mängel in der Leistungsausgestaltung und in der Finanzierung.

Die Interpretationen der Wirklichkeit – der Institutionen des Sozialstaates wie seiner ökonomischen und kulturellen Voraussetzungen und Folgen – sind die Grundlage für sozialpolitische Reformen. Vielleicht bei keinem sozialpolitischen Thema sind die Kontroversen so alt und scharf wie bei der Frage, ob die Erwerbs- beziehungsweise Lohnarbeit, also der Arbeitnehmerstatus oder ob der Bürgerstatus sozialpolitische Rechte und Pflichten leiten sollte. Gerade die Kritik an »Bürgerinnen- und Bürgersolidarität« und an einem universellen, am Bürgerinnen- und Bürgerstatus anknüpfenden Grundeinkommen muss als Hinweis darauf verstanden werden, dass »Wohlstand durch Gerechtigkeit« auch soziale Bewegungen und politische Auseinandersetzungen erfordert.

Aus der intensiven Auseinandersetzung mit diesen Fragen am erwähnten internationalen Kolloquium ist nun das Buch "Wohlstand durch Gerechtigkeit, Deutschland und die Schweiz im sozialpolitischen Vergleich" (Herausgeber: Erwin Carigiet, Ueli Mäder, Michael Opielka, Frank Schulz-Nieswandt) entstanden. Darin werden die relevanten Felder der Sozialpolitik durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus beiden Ländern durchleuchtet. Es sind dies Themen, die heute die meisten Menschen in beiden Ländern beschäftigen.

Erwin Carigiet
Präsident

Buchhinweis

Wohlstand durch Gerechtigkeit

Deutschland und die Schweiz im sozialpolitischen Vergleich

Erwin Carigiet, Ueli Mäder, Michael Opielka, Frank Schulz-Nieswandt (Hrsg.)

Zürich: Rotpunktverlag 2006

ISBN 10: 3-85869-314-6, ISBN 13: 978-3-85869-314-3

Preis Fr. 38.-- (für SVSP-Mitglieder Sonderpreis: Fr. 30.-- inkl. Porto und Verpackung)

La politique sociale, un champ d'étude et de recherche

Poursuivant le développement d'un axe central de son activité, l'Association suisse de politique sociale s'est attachée, en 2005, à promouvoir l'accès à la formation dans ce domaine.

Matériaux pédagogiques et cycles de formation

Des instruments d'accès à la connaissance ont été affinés : documents, dossiers thématiques, corpus d'information techniques facilitant le travail en réseaux. Ces éléments sont disponibles sur le site de l'ASPS qui renvoie à d'autres sites partenaires. Ces initiatives s'inscrivent dans un contexte où les voies de formation aux divers aspects des politiques sociales se restructurent, voire se diversifient. La dynamique « Bologne » n'est pas étrangère à ces mouvements.

Un vaste chantier est ouvert et il faudra suivre ces mouvements en 2006.

Un exemple : l'engagement dans la promotion des « études genre »

l'ASPS s'est engagée dans l'organisation d'une journée publique sur les « études genre » (Sion, le 2 décembre 2005). L'objectif ? Mettre en évidence les raisons pour lesquelles l'analyse des politiques sociales, familiales et de santé en fonction de l'inscription différenciée des hommes et des femmes dans l'espace social est non seulement un enjeu des formations mais aussi une réponse indispensable aux mutations sociales et économiques de ces dernières décennies, qui ne peuvent être comprises sans faire recours à l'analyse en termes de rapports sociaux, de sexe en particulier.

Ce colloque a permis de présenter les premiers résultats d'enquêtes de terrain recensant ce qui se fait en matière d'enseignement et de recherche dans la perspective de genre.

Il a contribué à consolider et soutenir la mise en réseau de diverses expériences d'enseignement et de recherche, à les analyser et à mettre le tout à la disposition des publics intéressés dans le cadre d'un Centre de documentation dont les modalités de fonctionnement restent à définir.

Jean-Pierre Fragnière
Vizepräsident

Site personnel: , <http://www.jpfragniere.ch>

Laboratoire de politique sociale, Codes d'accès aux documents : Nom d'utilisateur : etu, - Mot de passe : etu

Soziale Stadt – gesunde Stadt: eine Zwischenbilanz

Bericht zur Tagung vom 20. September 2005, Bern

Zwischen der gebauten Umwelt, dem sozialen Umfeld und der Gesundheit der Bevölkerung bestehen mannigfaltige - positive und negative - Wechselwirkungen. Das ist offensichtlich, wird aber trotzdem in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, weil die Wirkungen sich meist nur langsam, in Einzelfällen oder als Spätfolgen zeigen. Da sich planerische wie sozial- und gesundheitspolitische Konflikte in der Stadt in der Regel früher und dringender zeigen sich als auf dem Land, und weil dort bereits auch viele Aktivitäten unterschiedlichster Art, allerdings oft unkoordiniert ablaufen, haben sich die Schweizerische Vereinigung für Sozialpolitik und der Verein Metropole Schweiz als Hauptträger mit der Städteinitiative Sozialpolitik, dem Verein für Landesplanung VLP/ASPAN und der Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel zusammengetan, um an einer Tagung bereichsübergreifend in Referaten und Arbeitsgruppen eine Zwischenbilanz zu ziehen.

Edith Olibet-Zimmermann (Gemeinderätin der Stadt Bern, Vorsteherin der Direktion für Bildung, Soziales und Sport) setzte als Ausgangspunkt, dass die gesundheitliche Chancengleichheit noch lange nicht verwirklicht sei. (Städtische) Gesundheitspolitik soll deshalb sozialkompensatorisch ausgerichtet sein und Rahmenbedingungen schaffen, welche selbstbestimmtes Handeln unterstützen und ermöglichen. Entsprechend soll sich Gesundheitspolitik in alle Politikbereiche, insbesondere aber in Bildungs- und Sozialpolitik einmischen, weil bei sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen präventives und gesundheitsförderndes Verhalten keine Priorität genießt, solange Existenznöte und Perspektivenlosigkeit im Vordergrund stehen.

Mit dem Projekt „Lebensqualität in Gemeinden“ wird auf jener Ebene angesetzt, wo aufgrund der föderalistischen Ordnung viele Entscheide getroffen werden, welche die Rahmenbedingungen von Gesundheit und Lebensqualität bestimmen. *Monika Kaempf*, die Verantwortliche für die Gemeindeprojekte der Gesundheitsförderung Schweiz und *Barbara Etienne Rohrer*, die Leiterin Gesundheitsförderung und Prävention OW/NW und des Pilotprojekts in der Gemeinde Stans erläuterten den praktischen Handlungsansatz vor Ort. Das Vorgehen in Stans ist von Anfang an auf die Mitwirkung der Bevölkerung angelegt. Über 200 Einwohnerinnen und Einwohner wurden zur eigenen und generell zur Lebensqualität in Stans befragt. Die Themenkreise, die aus den drei Befragungen hervorgingen, wurden in offenen Gesprächsrunden diskutiert. Die sich daraus ergebenden Verbesserungsvorschläge dienen Arbeitsgruppen als Ausgangsbasis für die Entwicklung von konkreter Veränderungen.

Mit der Planung sozial gemischter Quartiere als Basis für Integration, Toleranz, Verantwortungsübernahme und gesellschaftlichen Zusammenhalt befasst sich Katharina Manderscheid (Institut für Soziologie, Universität Basel). Während in der öffentlich-politischen Diskussion überwiegend Einigkeit über das Ziel von sozial gemischten Quartieren besteht, ist die Frage, wie dieses Ziel zu erreichen ist, weitgehend offen. Aus sozialwissenschaftlicher Sicht zeigt sich zudem, dass schon das Leitbild der sozialen Mischung auf Vorannahmen beruht, die im Zeitalter von Globalisierung, hoher Individualmobilität und Internet kritisch zu hinterfragen sind. In der Praxis wird vor allem die

Bedeutung des Zusammentreffens verschiedener Bevölkerungsgruppen im öffentlichen Raum hervorgehoben: Dort, wo möglichst rund um die Uhr reges Leben in den Strassen herrscht, dort entwickeln sich zufällig-beiläufige Kontakte zwischen den Menschen des Quartiers: an der Bar, beim Lebensmittelhändler, am Kiosk, auf dem Bürgersteig, im Café usw. Diese Kontakte bringen Menschen auf unverbindliche Weise zusammen und fördern damit ein Vertrauen und Sicherheit vermittelnde Atmosphäre im Stadtteil. Weder neu noch überraschend ist, dass die Planer neuer Quartiere oder Stadtteile solche öffentlichen Räume in vielerlei Gestalt vorsehen müssen, da nie im voraus gesagt werden kann, welche schliesslich von den Bewohnenden akzeptiert werden. Geradezu unverständlich ist hingegen, dass dies in der Praxis oft dennoch nicht geschieht.

Neben den bebauten Strukturen, übernehmen Grünräume soziale, gesundheitsbezogene wie auch kommunikative Aufgaben. Wessen Ansprüchen solche Grünräume gerecht werden, welche Nutzungen dort stattfinden oder welche Gestalt sie haben sollen, ist Bestandteil des planerischen und z. T. auch des öffentlichen Diskurses. Daniel Blumer und Heike Oldörp von der Universität Basel befassen sich mit der Konkurrenz um unbebaute Frei- und Grünräume von Wohnen, Arbeiten, Fortbewegung, Erholung und Umweltschutz insbesondere in Stadtgebieten. Die allgemeine Entwicklung der zunehmenden Flächeninanspruchnahme durch Siedlung und Verkehr verschärft die Konflikte um die Flächennutzungen. Vor dem Hintergrund des Bedeutungswechsels und auch der Interessengewichtung gilt es, Kriterien zusammen mit der Bewohnerschaft zu entwickeln, damit sowohl die Erlebnisqualität als auch der soziale Nutzen urbaner Grünräume in ihrem Sinne optimiert werden können, gegebenenfalls sogar entgegen puristischen Planungskonzepten.

Aus der Divergenz zwischen gebauter Realität und Ansprüchen der Bewohner können zusätzliche Konflikte entstehen. Dies ist umso offensichtlicher, wenn man bedenkt, dass beim Planen und Erstellen von Wohnraum nebst den einschränkenden Gesetzen und Normen zusätzlich mannigfaltige Aspekte einbezogen werden müssen (Standort und Kontext, soziale und psychologische Aspekte, Finanzen, Gestaltung, Statik und Konstruktion, etc.) und an diesem Prozess die verschiedensten Interessengruppen beteiligt sind. *Martin A. Graf, Jörg Kurt Grütter, Alfred Kriesten* von der Berner Fachhochschule arbeiten in einem Projekt der Fachbereiche Architektur und Soziale Arbeit auf Anregung einer grossen Wohnbaugenossenschaft zusammen, um eine nach den Grundsätzen der Nachhaltigkeit orientierte Konfliktprävention in Wohnquartieren zu entwickeln, in denen sich sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen konzentrieren.

Sie orientieren sich an Fragen der Nachwirkungen sozialräumlicher Segregation von Gruppen, die überdurchschnittlichen Arbeitsmarkt- und Lebensrisiken ausgesetzt sind. Dabei wird deutlich, dass das Wohnumfeld mit seinen materiellen und sozialen Gegebenheiten Konflikte hervorbringt, die sich durch das räumliche Zusammentreffen heterogener Bevölkerungsgruppen und Armut zusätzlich verschärfen. Angesichts der Vielfalt sozialer Problemkonstellationen bedarf es der Schaffung polyzentrischer Netzwerke, um der sich abzeichnenden Regulations- und Kohäsionskrise in Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf zu begegnen.

Suzanne Stofer, Béatrice Steiner, Marc Skerret von der Universität Lausanne berichten über ein Forschungsprojekt, das gegenwärtig im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms (NFP) 51 unter dem Titel «*Riss des sozialen Bandes, Gefahr der langfristigen Abhängigkeit und urbane Handlungsstrategie: Wie kann die Sozialpolitik in den Schweizer Städten verstärkt werden?*» durchgeführt wird. Die Analyse fokussiert auf Menschen, die langfristig von der Sozialhilfe in den drei Westschweizer Städten Lausanne, Sitten und Delsberg betreut werden. Die vorläufigen Ergebnisse weisen darauf hin, dass die Sozialhilfe und andere Institutionen der sozialen Sicherheit den vielfältigen Wunsch der Bezüger nach verschiedensten (finanziellen, gesundheitlichen, ausbildungsbezogenen, rechtlichen usw.) Leistungen, aber auch nach Autonomie und gesellschaftlicher Anerkennung, mit sektoriellen, fragmentierten, schlecht koordinierten, manchmal widersprüchlichen und oft dem Ersuchen gar nicht entsprechenden Normen, Klassifizierungen, Prozeduren und Massnahmen beantworten. In diesem Projekt wird versucht, eine gesamtheitliche Handlungsstrategie zwischen den verschiedenen von dieser Problematik betroffenen Einrichtungen und Akteuren zu definieren, um die Betreuung ihrer Klientel zu verbessern. Der Begriff urbane Handlungsstrategie eröffnet damit ein neues Experimentierfeld, das uns helfen kann, klarere Vorstellungen über die Vereinheitlichung der Interventionsnormen und die Ausgestaltung einer Integrationspolitik zu erarbeiten.

Neue Strategien sind auch in Bezug auf die Anpassung der Gesundheitsversorgung und Gesundheitspolitik an die Bedürfnisse der Migrationsbevölkerung notwendig. *Dagmar Domenig* vom Schweizerischen Roten Kreuz und *Matthias Wächter* von der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für Sozialpolitik SAS setzen sich mit der unter Einbezug aller wichtigen Partner entwickelten Bundesstrategie «Migration und Gesundheit» auseinander. Sie soll zu einer Öffnung des Gesundheitswesens, Verbesserung der medizinischen und pflegerischen Betreuung und Förderung der Prävention führen. Die gesundheitliche Chancengleichheit entscheidet sich nicht allein über den gleichen Zugang zu einer qualitativ hochstehenden Gesundheitsversorgung, sondern stärker noch über politische Entscheidungen in Feldern, die der Gesundheitspolitik vorgelagert sind. Trotz steigenden Wohlstandes und wachsender Gesundheitsausgaben sind in der Schweiz noch immer erhebliche soziale Unterschiede in der Lebenserwartung und bei den Risiken einer chronischen Erkrankung bis hin zur Invalidität festzustellen. Der zunehmende Spardruck auf die kommunalen Finanzhaushalte, nicht zuletzt aufgrund steigender Sozial- und Gesundheitsausgaben, stellt die Städte und Gemeinden selbst vor die Herausforderung, kurzfristigen und sektoriellen Kosteneinsparungen integrative Politikansätze und umfassendere Kosten-Nutzen Abwägungen gegenüber zu stellen.

Mit der Aussage, dass die Thematik Gesundheit auf allen Ebenen und in sämtlichen Sektoren der Politik die politische Tagesordnung mitbestimmen muss, und dass die Verantwortung der Gesundheitsförderung nicht nur beim Gesundheitssektor liegt, sondern alle Politikbereiche berühren muss, schliesst sich der Kreis. *Ruedi Meier* (Stadtrat/Sozialdirektor der Stadt Luzern, Präsident Städteinitiative Sozialpolitik) fasste die Vision einer sozialen und damit auch einer gesunden Stadt wie folgt zusammen:

- Alle Bewohnerinnen und Bewohner führen ein menschenwürdiges Dasein.
- Sie bestimmen ihr Leben selbst und verantworten ihr Handeln.
- Im gesellschaftlichen Leben sowie in der Berufswelt finden sie ihren Platz und sehen Entwicklungsmöglichkeiten.

- Sie sind eingebunden in tragfähige soziale Beziehungen und haben eine kulturelle Identität.
- Sie leben in einem intakten Lebensraum.

Um eine ressort- oder direktionenübergreifende gesundheitsfördernde Politik zu entwickeln, müssen innerhalb von Gemeinwesen gemeinsame Plattformen geschaffen werden. Regelmässige Gesundheits- und Sozialberichterstattungen sollten den Prozess hin zu einer gesunden Stadt begleiten.

Die Tagung zeigte, dass es eine ganze Reihe von Projekten gibt, in denen verschiedene staatliche Ebenen, Politikbereiche und wissenschaftliche Disziplinen an der baulichen, gesundheitlichen und sozialen Qualität von Städten arbeiten. Auch wenn sie sich noch zu oft mit Einzelaspekten befassen und obwohl gegenseitiges Lernen an der besten Praxis nicht die Regel ist, wächst das Bewusstsein für die Notwendigkeit, vernetzt und koordiniert zu handeln.

Dass aber die Entwicklung nicht nur vorwärts läuft, erläuterte *Johanna Rolshoven*, die wissenschaftliche Leiterin des ETH Wohnforum, die einen kulturwissenschaftlichen Zugang zur gesunden Stadt suchte, eindrücklich am konkreten und aktuellen Beispiel der sog. "Wegweisungsbestimmungen" in Schweizer und europäischen Städten. Mit dem Argument der Aufrechterhaltung von "Ordnung und Sicherheit" ermöglichen die umstrittenen Wegweisungsartikel der städtischen Polizeiverordnungen eine Beschneidung des Aufenthaltsrechtes bestimmter Personen in bestimmten Stadtbezirken oder Rayons. In einem kurzen historischen Rückblick zeigte die Referentin, dass die Argumente und sogar die Wortwahl in und um die Wegweisungsartikel nicht nur denen in mittelalterlich ummauerten Städten, sondern auch dem nationalsozialistischen Sprachgebrauch oft bestürzend ähnlich sind. Zu Bedenken Anlass gibt zudem die in wissenschaftlichen Untersuchungen festgestellte Diskrepanz zwischen dem, was Behörden und Politik in ihrer restriktiven Sicht glauben, dem Lebensraum Stadt zumuten zu können, und den von Stadtbewohnerinnen oder Raumnutzern tatsächlich empfundenen Unannehmlichkeiten, Störungen und Beeinträchtigungen im Alltagsleben. Diese Entwicklung fordert die Diskussion um Sicherheitsbedürfnisse und Gefährdungen, um Sinn und Nutzen des öffentlichen Raumes, um Stadt als "Ort der unerwarteten Begegnung" heraus.

Ein weiteres Fazit der Tagung ist demnach, dass Stadtkritik, wie sie die Entwicklung der Stadt zur Moderne stets begleitet hat, auch in Bezug auf den im Titel genannten Zusammenhang von gesunder und sozialer Stadt weiterhin unerlässlich ist.

Günther Latzel
Mitglied des Vorstandes

Aktivitäten der SVSP im Jahr 2005

Veranstaltungen

Wie in den vergangenen Jahren hat sich die SVSP auch 2005 in verschiedenen Veranstaltungen mit interessanten Fragen zur sozialen Sicherheit auseinander gesetzt. Diese Veranstaltungen fanden ein positives Echo in Öffentlichkeit und Fachwelt. Erfreulich für die SVSP war, dass zahlreiche Mitglieder teilgenommen haben.

Das Gesundheitswesen und die Fragilität am Lebensbeginn und Lebensende (5. Zürcher Geriatrieforum Waid), mit Generalversammlung der SVSP am 19. Mai 2005 in Zürich, zusammen mit dem Gesundheits- und Umweltschutzdepartement der Stadt Zürich, dem Universitären Institut Alter und Generationen (INAG) und der Schweizerischen Fachgesellschaft für Geriatrie (SFGG).

Soziale Stadt – gesunde Stadt eine Zwischenbilanz

Öffentliche Fachtagung am 20. September 2005 an der Universität Bern, zusammen mit Verein Metropole Schweiz, Städteinitiative Sozialpolitik (Organisation des Städteverbandes), Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel (hpsabb) und VLP-ASPAN (Tagungsbericht siehe vorn).

Die ausführlichen Tagungsdokumentationen beider Veranstaltungen können von der Website der SVSP (www.svsp.ch oder www.asps.ch) herunter geladen werden.

Arbeitnehmer-Solidarität oder Bürger-Solidarität?

Die Schweiz und Deutschland im sozialpolitischen Vergleich

Kolloquium Universität Basel 1. und 2. September 2005; Wissenschaftlicher Austausch über die Landesgrenzen hinaus, zusammen mit dem Institut für Soziologie der Universität Basel und der Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel, der Gesellschaft für sozialen Fortschritt e. V. und der Sektion Sozialpolitik der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DSG) (Siehe Bericht des Präsidenten am Anfang).

Développement des études genre: Féminisation de la pauvreté – Résultats et perspectives

Tagung, 2. Dezember 2005 in Sion zusammen mit Institut Universitaire Kurt Bösch (IUKB); Institut Universitaire Ages et Générations (INAG); Ecole publique, Ecole d'études sociales et pédagogiques (EESP); Certificat de politique sociale; Association romande et tessinoise des institutions d'action sociale (ARTIAS); (réalités sociales); (SOCIALinfo); Fonds national suisse de la recherche scientifique (FNSNF); Haute Ecole Spécialisée Santé-Sociale de Suisse romande (Hes-S²), Réseau d'études appliquées en politique sociale, familiale et de la santé (REA-S2).

Zürich/Bern, Februar 2006